

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Europaausschuss

18. WP - 39. Sitzung

am Mittwoch, dem 20. Mai 2015, 13:10 Uhr,
im Sitzungszimmer 139 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Peter Lehnert (CDU)

Vorsitzender

Astrid Damerow (CDU)

Rainer Wiegard (CDU)

Birte Pauls (SPD)

Regina Poersch (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Wolfgang Dudda (PIRATEN)

i.V. von Angelika Beer

Fehlende Abgeordnete

Jette Waldinger-Thiering (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Prüfung der Wahrung der Subsidiarität	4
hier: Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen und die Europäische Investitionsbank Rahmenstrategie für eine krisenfeste Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimaschutzstrategie	
Umdruck 18/4303	
2. Verschiedenes	6

Der Vorsitzende, Abg. Lehnert, eröffnet die Sitzung um 13:10 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Prüfung der Wahrung der Subsidiarität

hier: Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen und die Europäische Investitionsbank Rahmenstrategie für eine krisenfeste Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimaschutzstrategie

[Umdruck 18/4303](#)

(Fortsetzung der Beratung vom 29. April 2015)

hierzu: [Frühwarndokument 18/179](#), [Umdrucke 18/4374](#), [18/4393](#), [18/4392](#)

Einleitend weist der Vorsitzende auf die zu diesem Tagesordnungspunkt vorliegenden schriftlichen Vorlagen, [Umdruck 18/4393](#) und [Umdruck 18/4392](#), hin.

Herr Strathmann, Referent im Referat Energiepolitik und Energierecht im Ministerium für Energiewende, Umwelt, Landwirtschaft und ländliche Räume, führt einleitend aus, dass die EU-Kommission jetzt mit der Mitteilung die für die Energieunion nachfolgend geplanten Schritte ankündige. Im Anhang zu der Mitteilung finde sich eine lange Agenda, in der die einzelnen Maßnahmen überblicksartig dargestellt würden. Aus Sicht der Landesregierung gebe es, da noch keine legislativen Maßnahmen angekündigt seien, kein Problem mit der Verletzung des Subsidiaritätsprinzips. Die EU-Kommission habe auch die Kompetenz, Mitteilungen herauszugeben, was sich jedoch insgesamt zu einem bedenklichen Umfang ausgeweitet habe. Im Wesentlichen gehe es bei dem vorliegenden Konflikt um die Hoheit der Mitgliedstaaten über ihren eigenen Energiemix und darum, diesen mit einem gesamteuropäischen Ansatz in Einklang zu bringen. Es gebe in diesem Zusammenhang noch Ansätze zur Verbesserung, das Anstreben einer Energieunion sei aus Sicht der Landesregierung aber sehr begrüßenswert. Aus schleswig-holsteinischer Sicht erfreulich sei auch die Unterstützung des Netzausbaus. Sinnvoll seien die Maßnahmen insoweit, als die Europäische Union dort handeln könne. Grundsätzlich seien auch ambitioniertere Ziele vorstellbar, jedoch sei die EU-Kommission auch durch den AEUV gebunden und könne nicht frei Ziele festlegen. Interessant sei, wie sich die Bundesregierung in den weiteren Fragen positioniere.

Abg. Voß interessiert, inwieweit man jetzt über Lobbyarbeit Einfluss nehmen müsse oder immer auf Subsidiarität hoffen müsse. - Herr Strathmann führt aus, dass ein Umgang mit den Legislativvorschlägen auch davon abhängen, auf welchem konkreten Themenfeld diese von der EU gemacht würden und welche Kompetenzen sie dort habe. Wichtig sei, über die Bundesregierung frühzeitig Pflöcke einzuschlagen. Aus politischer Sicht müsse darauf geachtet werden, dass über das Beihilferecht nicht die falschen Dinge gefördert würden.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Der Vorsitzende weist auf den Antrag der Fraktion der PIRATEN zum Bericht der Landesregierung über die letzten sechs AdR-Plenartagungen hin, [Umdruck 18/4375](#), der für den 8. Juli 2015 vorgesehen sei.

Der Vorsitzende weist auf eine Änderung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung zu den Ausführungen von Herrn Fritsche hin.

Frau Schmidt Holländer, Leiterin des Referats Europaangelegenheiten, Ostseekooperation, Minderheiten im Schleswig-Holsteinischen Landtag, führt zur Konzeption des Ostseejugendforums aus. Sie regt an, gemeinsam mit dem Generalsekretär der BSPC, Herrn Bahr, das Ostseejugendforum zu evaluieren und sich darüber Gedanken zu machen, wie Parlamente rund um die Ostsee verpflichtet werden könnten, gemeinsam mit Schleswig-Holstein das Kieler-Woche-Ostseejugendforum in den nächsten Jahren zu unterstützen. Zu überlegen sei, das Ostseejugendforum im zweijährigen Rhythmus stattfinden zu lassen, angelehnt an den Sitzungsrhythmus der BSPC-Arbeitsgruppen. Sie weist darüber hinaus auf die Ostseeparlamentarierkonferenz in Rostock/Warnemünde Ende August/Anfang September hin. Denkbar sei, in die Resolution einen werbenden Absatz für das Ostseejugendforum einzubringen.

Abg. Damerow regt an, sich auf der Reise des Europaausschusses nach Brüssel dem Thema Flüchtlinge zu widmen. Erstrebenswert sei ein Gespräch mit den Berichterstattern des EU-Parlaments zu dieser Angelegenheit. - Der Ausschuss kommt überein, dies ins Auge zu fassen.

Der Vorsitzende, Abg. Lehnert, schließt die Sitzung um 13:30 Uhr.

gez. Peter Lehnert
Vorsitzender

gez. Thomas Wagner
Geschäfts- und Protokollführer